

Energie-Control Austria für die Regulierung  
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-  
Control)  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Per E-Mail: [recht-post@e-control.at](mailto:recht-post@e-control.at)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
R SNE G 01/25

Unser Zeichen, BearbeiterIn  
Mag.Pfi/MH

Klappe (DW)  
39203

Datum  
14.11.2025

**Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-  
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-  
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2026, GSNE-VO 2013 – Novelle  
2026)**

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (OGB) bedankt sich für die Übermittlung des  
Verordnungsentwurfes und erlaubt sich, die folgende Stellungnahme abzugeben:

Der vorliegende Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control bildet die  
Grundlage für die im Kalenderjahr 2026 geltenden Gas-Netzentgelte (§ 72 GWG 2011). Die  
Festlegung dieser Entgelte stützt sich auf das Kosten- und Mengenermittlungsverfahren der  
E-Control, das vom Vorstand per Bescheid festgestellt wird (§ 69 Abs 1 GWG 2011).  
Darüber hinaus regelt die Verordnung das Verfahren der Kostenwälzung gemäß § 83 Abs  
3 GWG 2011, die Ausgleichszahlungen zwischen den Netzbetreibern eines Netzbereichs  
sowie das Entgelt für die Verteilergebietsmanager in den Verteilergebieten Ost, Tirol und  
Vorarlberg.

Bei den Netzentgelten kommt es erneut zu massiven Steigerungen. Im Bundesdurchschnitt  
steigt das Netznutzungsentgelt auf Netzebene 3 um 18,2% gegenüber dem Vorjahr. In  
Burgenland, Kärnten, Steiermark und Niederösterreich fällt die Erhöhung heuer stärker aus,  
während Oberösterreich und Tirol geringer betroffen sind. Gründe sind einerseits im  
Mengenrückgang bei Gas auf Haushalts- sowie Industrieebene zu finden, aber auch durch  
die weggebrochenen Mengen auf der Fernleitungsebene durch den Wegfall russischen  
Gases bedingt.

Laut Regulierungsbehörde werden die Netzentgelte aufgrund sinkender Abgabemengen  
sowie wegen der Übernahme des Mengenrisikos bei den Fernleitungen durch die  
inländischen Netznutzer:innen und damit einhergehend wegen der gestiegenen Entgelte auf  
der Fernleitungsebene in den kommenden Jahren weiter steigen. Da mit einer massiven

Zunahme der Gasnetzentgelte zu rechnen ist, sind dringend strukturelle Änderungen notwendig sind, um zukünftige Belastungen zu dämpfen:

### **Gesetzgeber hat einen Plan zur Redimensionierung des Gasnetzes zu erstellen**

Mit der anstehenden Novelle des GWG sind verbindliche Weichen zu stellen. Da der Einsatz gasförmiger Energieträger – insbesondere in der Raumwärme – stark zurückgehen wird, sind aus unserer Sicht notwendig:

- eine abgestimmte Wärmeraumplanung und Einbindung der Betroffenen,
- attraktive und leistbare Alternativen zur Gasheizung,
- wohnrechtliche Anpassungen für Heizungstausch in Mehrparteienhäusern.

Die Frage der zukünftigen Rolle der Gasnetze betrifft auch massiv die Beschäftigten in diesen Bereichen. Bereits jetzt ist für die Betroffenen Klarheit darüber zu schaffen, in welchen Bereichen sie sich weiterqualifizieren können, um auch in der Zukunft sichere Jobs zu haben, bzw. welche Jobs und Qualifikationen nach wie vor gefragt bleiben. Dazu muss es verlässliche politische Aussagen geben, die gemeinsam mit den Arbeitnehmervertreter:innen erarbeitet werden müssen. Dort, wo aufgrund der Dekarbonisierung soziale Maßnahmen bzw. Qualifizierungsinitiativen notwendig sein werden, müssen dafür seitens der öffentlichen Hand ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auch die Regulierungssystematik muss, dort wo das möglich ist, dieser Herausforderung Rechnung tragen.

### **Faire Verteilung der Netzkosten**

Haushalte sowie Mieter:innen, die nicht eigenständig aus dem Gasnetz aussteigen können, müssen wirksam vor steigenden Entgelten geschützt werden.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ersucht um Berücksichtigung seiner Anmerkungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Wolfgang Katzian  
Präsident

Dr.<sup>in</sup> Helene Schubert  
Bundesgeschäftsführerin